

02/2013

# RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung



**ZIELE(N) FÜR NACHHALTIGE  
ENTWICKLUNG - WER HAT  
NOCH PFEILE IM KÖCHER?**

ISSN 1864-0982

# DAS GEPLANTE FREIHANDELS- & INVESTITIONSABKOMMEN EU - USA

## Ein transatlantisches Elitenprojekt voller Gefahren

Stolz twitterte Wirtschaftsminister Philip Rösler am 12. Juni 2013: »BReg hat heute umfassenden #EU Mandat f #Freihandelsabkommen mit USA zugestimmt, ohne Vorbehalte jetzt.« Nach Verabschiedung des vor der Öffentlichkeit geheim gehaltenen Mandates auf EU-Ebene sollen nach offiziellem Verhandlungsstart im Juni 2013 die ersten drei EU-US-Verhandlungsrunden noch bis zum Jahresende stattfinden. KritikerInnen auf beiden Seiten des Atlantiks warnen vor enormen Gefahren. Denn im Kern geht es beim Transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) um neue handels- und investitionspolitische Begrenzungen für die Regulierungsmöglichkeiten der beteiligten Länder, also um neue Fesseln für die Demokratie.

**D**IE ZÖLLE ZWISCHEN den USA und der EU sind gering. Die Wirtschaftslobby drängt bei TTIP vor allem auf andere Dinge:

1. So genannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse (Non-Trade Barriers, NTBs) sollen durch die Angleichung oder den Abbau rechtlicher Vorschriften beseitigt werden.
2. Investitionsströme sollen weiter liberalisiert und Investoren noch wirksamer als bisher vor Regulierungen (interpretiert als »indirekte Enteignungen« oder »ungerechte Behandlung«) geschützt werden. Konzernen sollen hierzu neue privilegierte Klagerechte gegen Staaten vor Internationalen Schiedsgerichten eingeräumt werden.<sup>1</sup>
3. Die Eliten der beiden großen atlantischen Handelsmächte wollen sich im TTIP zusammentun, um angesichts veränderter Kräfteverhältnisse auf dem Weltmarkt (Aufstieg der Schwellenländer) ihre Regeln als globale Normen zu setzen. An diesen sollen sich dann bei Themen wie geistiges Eigentum, Energie, Rohstoffen, Kapitalverkehr oder Investitionen zukünftig alle Länder weltweit ausrichten.

### Gefahren für den Verbraucherschutz und eine naturverträgliche Landwirtschaft

Die Unterschiede zwischen den Regulierungssystemen der USA und der EU sind jedoch enorm. Beispiel Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Die USA kennen kein vergleichbar strenges Zulassungsverfahren und Haftungsregeln für gentechnisch veränderte

Organismen (GVO); Lebensmittel, die GVO enthalten, müssen nicht gekennzeichnet werden. Wachstumshormone in der Rinderzucht sind erlaubt und werden großflächig eingesetzt. Bei Geflügelfleisch setzt die EU darauf, Hygienestandards für die verschiedenen Schritte zwischen Aufzucht und Schlachtung zu definieren und zu kontrollieren, um die Keimbelastung gering zu halten. In den USA sind diese Standards lascher, aber dafür werden Hühnchen dort nach der Schlachtung routinemäßig mit Chlordioxid behandelt. Genfood, Hormonfleisch und Chlorhühnchen sind nur die prominentesten Beispiele. Grundsätzlich steht der erweiterte Marktzugang für derartige Agrarprodukte ganz oben auf der amerikanischen Prioritätenliste für TTIP. Die angestrebte Anwendung »einheitlicher Standards für den Schutz geistigen Eigentums« bedeutet im Landwirtschaftsbereich zudem nichts anderes als die Patentierbarkeit von Saatgut und damit mehr Kontrolle für die Konzerne und weniger Vielfalt auf den Äckern.

### Fracking gegen das Vorsorgeprinzip

Wie bei der Gentechnik ist auch bei der Zulassung und Verwendung von Chemikalien die europäische Politik stärker vom Vorsorgeprinzip geprägt. Die europäische Chemikalien-Richtlinie REACH verlangt daher umfangreiche Prüfungen und Nachweise, bevor Chemikalien verwendet werden dürfen. Das ist sinnvoller Umwelt- und Gesundheitsschutz, aus US- und oft auch europäischer Konzernsicht aber ein nicht-tarifäres Handelshemmnis.

Eine wichtige neue Risikotechnologie im Energiesektor ist das »Fracking« zur Gewinnung von Schiefergas. Beim Fracking wird ein Cocktail unterschiedlichster Chemikalien in den Untergrund verpresst, um Gas aus dem Gestein zu lösen. In den USA bestehen die Gaskonzerne darauf, die Zusammensetzung dieser Cocktails geheimzuhalten und legen keine detaillierten Daten zu möglichen Auswirkungen auf Umwelt, Gesundheit und Grundwasser vor. So ein Vorgehen wäre mit REACH schwer möglich. Wenn durch das TTIP aber REACH-Regeln nach unten harmonisiert werden, könnte das auch die Türen für Fracking in Europa öffnen.

### Große Transformation statt Handelsliberalisierung

Wirtschaft und Regierungen rufen im TTIP-Kontext nach mehr Liberalisierung und Deregulierung. Oberflächliche und allgemein gehaltene Bekenntnisse zum Schutz sozialer und ökologischer Standards sollten nicht davon ablenken, dass es im Kern um den Abbau dieser Errungenschaften geht – und darum, den Spielraum für zukünftige Regulierung einzuschränken. Zivilgesellschaftliche Gruppen auf beiden Seiten des Atlantiks stellen ganz andere Fragen: Wie kann in Anbetracht der sich zuspitzenden Klima-, Ressourcen- und Wirtschaftskrisen eine große, sozial-ökologische Transformation gelingen? Wie können wir in den ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaften und dabei gute, fair bezahlte Arbeit sichern? TTIP wird auf diese Fragen keinerlei Antworten geben. Im Gegenteil – es wird, wenn erfolgreich, den Weg zur großen Transformation weiter erschweren.



Lutz Weischer & Peter Fuchs

Lutz Weischer ist Stellvertretender Sprecher des Bundesarbeitskreises Internationale Umweltpolitik des BUND.

Peter Fuchs ist bei PowerShift e.V. aktiv und koordiniert zusammen mit Lutz Weischer die AG Handel im Forum Umwelt & Entwicklung.

<sup>1</sup> CEO/TNI: A transatlantic bill of rights: Investor privileges in EU-US trade deal threaten public interest and democracy. Brüssel, Juni 2013. Download: <http://corporateeurope.org/sites/default/files/publications/corporate-bill-of-rights.pdf>



# »TTIP« NEIN DANKE!

## Transatlantische Partnerschaft geht anders

Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen zum geplanten Freihandels- & Investitionsabkommen EU - USA (TTIP)

**D**IE REGIERUNGEN Europas und der USA planen das »transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen« (TTIP). BMW und Monsanto freuen sich; auch Deutsche Bank und JP Chase Morgan, BASF und Google, Bertelsmann und ExxonMobil. Doch brauchen die Menschen in Europa, den USA und im Rest der Welt wirklich einen großen, deregulierten transatlantischen Markt? Eine Antwort auf die eigentlichen Fragen gibt TTIP nicht: Wie wollen wir leben? Was ist »gutes Leben« ohne die Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt? Wie können wir in den ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaften und dabei gute, fair bezahlte Arbeit sichern? Wie können wir Ernährungssouveränität für alle erreichen?

Schon jetzt stecken wir in ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen. Wir erleben viel zu wenig - nicht zu viel - Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Finanzmarktkontrolle. Wir erleben zu wenig - nicht zu viel - solidarisches Wirtschaften, Schutz kleinbäuerlicher und gemeinwohlorientierter (Land-)Wirtschaft sowie wirksamen Verbraucher-, Daten- und Rechtsschutz gegenüber den Geschäftsinteressen internationaler Konzerne.

Mit dem TTIP-Abkommen versprechen Wirtschaftsvertreter in der EU und den USA mehr Wachstum. Sie wollen mehr Handelsströme und mehr Marktfreiheit für Unternehmen. In der Realität kann das aber bedeuten: Gentechnik-Lebensmittel und Hormonfleisch landen ungekennzeichnet auf unseren Tellern. Das geplätzte ACTA-Abkommen zum Urheberrecht kommt durch die Hintertür erneut - Meinungsfreiheit und Datenschutz bleiben auf der Strecke. Nur die niedrigeren Verbraucherschutz- und Umweltstandards bleiben übrig. Bundesregierung und EU-Kommission setzen auf Geheimverhandlungen unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit und der Parlamente.

### Wir wollen:

**Demokratie und Transparenz:** Statt Geheimverhandlungen braucht es eine breite öffentliche Diskussion um ein soziales und ökologisches Verhandlungsmandat auf beiden Seiten. Hierzu müssten umfassende und aktuelle Informationen und der vollständigen Einblick in alle Verhandlungsdokumente für die Öffentlichkeit und Parlamente gewährleistet sein. Zudem muss die Kommission eine umfassende Nachhaltigkeitsprüfung von unabhängiger Seite durchführen lassen.

**Rechtsschutz für Menschen - statt privilegierte Klagerechte für Konzerne:** Wir lehnen es ab, dass US-Konzerne Klagerechte gegen europäische Umwelt- und Sozialgesetze bekommen. Die besonders von der EU geforderten Sonderklagerechte für Unternehmen im Rahmen so genannter Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit unterlaufen grundlegende Prinzipien des Rechtsstaats.

**Kernprinzipien des Klima- und Umweltschutzes, so wie sie 1992 in Rio aufgestellt wurden, sind das Vorsorge- wie auch das Verursacherprinzip:** Wenn von Produkten oder Technologien Risiken ausgehen können, dann müssen diese Risiken vorausschauend vermieden werden. Im TTIP aber sollen auf Druck von US-Exportinteressen bereits bestehende wie geplante Regeln, die diesen Prinzipien folgen, zum Handelshemmnis erklärt werden. Ein besonderer Dorn im Auge der US-Lobbygruppen sind v.a. die in ihren Augen zu langsame Zulassung und die Kennzeichnung von Gentechnik-Lebensmitteln in Europa und die europäischen Nachhaltigkeitsstandards von Biokraftstoffen. Aber auch die Weiterentwicklung der EU-Chemikalienrichtlinie REACH und der EURO-Norm für Auto-Emissionswerte wie auch die EU-Strategie zur Begrenzung der von Kunststoffe ausgehenden Umweltge-

fahren laufen den US-Exportinteressen zuwider. Auch für neue Technologien muss das Vorsorgeprinzip gelten, etwa für die gefährliche Gewinnung von Gas mit Fracking. Wir brauchen eine klima- und ressourcenschonendere und gerechtere Wirtschaftsweise auf beiden Seiten des Atlantiks. Die niedrigsten Standards dürfen nicht zur Richtschnur werden. Verbote sind dafür genauso erforderlich wie Steuern und Zölle für besonders schädliche Verfahren. Das ist mit der TTIP-Freihandelslogik nicht zu vereinbaren.

**Kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft schützen:** Bauern und Verbrauchern in Europa bringt TTIP keine Vorteile. In den USA ist der Verzehr von Klon- und Hormonfleisch sowie von Milch von mit gentechnisch erzeugten Wachstumshormonen gedopten Turbo-Kühen erlaubt. Geflügelfleisch wird mit Chlor behandelt, für gentechnisch veränderte Pflanzen gibt es weder ein durchgängiges, stringentes Zulassungsverfahren noch eine Kennzeichnungspflicht. Gentechnisch veränderter Lachs steht vor der Zulassung. Alles das wäre dann auch in Europa erlaubt. Auch das Patent- und Haftungsrecht unterscheidet sich in beiden Handelszonen an vielen Stellen. TTIP öffnet die Türen für Agrar-Exportschlachten zu Dumpingpreisen. Europäische Bauern gerieten unter noch mehr Wettbewerbsdruck. US-Exporteure würden verstärkt mit Soja und Milchprodukten auf den EU-Markt drängen und unsere Bemühungen, Soja durch einheimische Futterpflanzen zu ersetzen, unterlaufen. Statt noch mehr »Wachsen oder Weichen« brauchen wir den Schutz kleinbäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft.

**Hohe Verbraucher- und Gesundheitsstandards:** Die strengeren europäischen Standards müssen Grundlage aller Verhandlungen sein. Zudem ist eine umfassende Kennzeichnungspflicht zwingend - auch für verarbeitete Produkte.

**Arbeits- und Menschenrechte durch klare und durchsetzbare Regelungen verbindlich schützen:** Der Öffentlichkeit wird TTIP als Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen verkauft. Dabei haben bestehende Freihandelsabkommen wie der NAFTA-Vertrag zwischen

den USA, Kanada und Mexiko eher das Gegenteil bewirkt. Gewerkschaften beklagen Arbeitsplatzverluste in der Industrie, sinkende Löhne, Unterlaufen vor Arbeitsmindeststandards und wachsende Einkommensunterschiede als Folge des Freihandels, indem Arbeitsstandards an das jeweils niedrigere Niveau nach unten angeglichen werden. In der EU sind Massenarbeitslosigkeit, Druck auf Löhne und die Ausweitung prekärer Beschäftigung die Folgen schwacher Sozialstandards im liberalisierten Binnenmarkt. Dies ist kein Modell für eine transatlantische Freihandelszone.

**Internationale Solidarität und Kooperation** statt immer mehr Wettbewerbsdruck. Mit dem TTIP wollen EU und USA ihre globale Vormachtstellung absichern. Aufstrebende Schwellen- und Entwicklungsländer sollen durch das Abkommen Marktanteile verlieren.

Schutz und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen statt weiterer Liberalisierungsoffensive. Essentielle Dienstleistungen der Daseinsvorsorge - z.B. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie oder Verkehr - dürfen nicht privatisiert werden. Sie müssen für alle zugänglich sein und hohen qualitativen, sozialen und umweltpolitischen Standards genügen. Den dazu nötigen Gestaltungsspielraum auf nationaler und kommunaler Ebene drohen die TTIP Verhandlungen weiter zu beschneiden -mehr Druck in Richtung Privatisierung ist zu erwarten.

**Schutz und Förderung der Vielfalt kulturellen Ausdrucksformen** statt weiterer Liberalisierung. Die UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen sichert beispielsweise Film-, Theater, Orchester- und weitere Kulturförderung sowie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seinen Landesprogrammen. Dieser Gestaltungsraum wird durch die TTIP Verhandlungen zur Disposition gestellt.

**Regulierung des Finanzsektors und Abbau ökonomischer Ungleichgewichte** statt mehr Deregulierung und Freihandel. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und ökonomische Ungleichgewichte innerhalb der EU infolge von Lohnkonkurrenz sind eine wesentliche Ursache der europäischen

Wirtschaftskrise. Mit TTIP sollen Finanzdienstleistungen noch weiter liberalisiert werden. Die politische Macht der Finanzindustrie würde gestärkt, Lohn- und Steuerdumping und damit sinkende Einnahmen der öffentlichen Haushalte wären die Folge.

**Innovationen, Bildung und Informationsfreiheit** statt noch mehr Exklusivrechte an »geistigem Eigentum« der Konzerne: Schützbare »geistiges Eigentum« findet sich in vielen Sektoren - Technologien, Pharmaprodukte, Saatgut, Filme und Musik. Unter dem Vorwand, die Urheber zu schützen gängeln die großen Verlage, Labels und Medienkonzerne die Nutzer von Kultur und Information immer stärker. Wissenschaft und Bildung werden behindert, immer mehr Werke verwaisen und gehen endgültig verloren, weil ihre Digitalisierung nicht erlaubt wird. Wir brauchen einen fairen Interessenausgleich zwischen Urhebern, Nutzern und Verwertern! 2012 wurde das ACTA-Abkommen von einer Welle der öffentlichen Empörung gestoppt- der Medienindustrie hätte es umfangreiche Monopolrechte und die Kontrolle des Internets beschert. TTIP ist ein neuer Anlauf, diese Monopolrechte einzuführen.

**Wir rufen daher alle interessierten Menschen und Organisationen auf**, sich aktiv an der Debatte um dieses neue Abkommen zu beteiligen! Machen wir - zusammen mit unseren Freundinnen und Freunden in Europa und den USA - den Politikern und Wirtschaftskapitänen deutlich, dass Freihandels- und Investorenschutz-Rezepte aus dem 20. Jahrhundert keine Lösung für die aktuellen Herausforderungen sind. Eine transatlantische Partnerschaft für die sozial-ökologische Transformation, die wir im 21. Jahrhundert so dringend brauchen, sieht ganz anders aus!

Auch in den USA und anderen Ländern Europas regt sich der Widerstand gegen dieses geplante Abkommen - gemeinsam werden wir es stoppen!

#### Unterzeichnende Organisationen:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Attac

Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) e. V.

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e. V. (BÖLW)

BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz

Deutschland e. V.

Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Niedersachsen, Bremen, Hamburg

Campact

Christliche Initiative Romero e. V.

DNR - Deutscher Naturschutzring e. V.

FDCL - Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V.

Forum Umwelt und Entwicklung

Gen-ethisches Netzwerk e. V.

INKOTA-netzwerk e.V.

Kampagne »Meine Landwirtschaft«

KLJB - Bundesverband der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands e. V.

klima-allianz deutschland

NABU - Naturschutzbund Deutschland e. V.

PAN Germany - Pestizid Aktions-Netzwerk e. V.

PowerShift e. V.

Save our Seeds

WEED

Zukunftsstiftung Landwirtschaft